

sen, Überseetouristenhotels, die früher hochgestellten Funktionären vorbehalten waren, für den Tourismus zu öffnen. Präzedenzfall hierfür war die Übergabe der Erholungsstätten in Beidaihe an der Bohai-Bucht an die staatliche "touristische Gesellschaft" Luxingshe. Das Nanjiao-Hotel in Jinan, der Hauptstadt der Provinz Shandong, steht jetzt ebenfalls ausländischen Touristen offen. Die Stadt Qingdao in Shandong wird Touristen ebenfalls in einigen der Gästehäuser und Villen an der Küste aufnehmen. Das Revolutionskomitee der Provinz Hebei übergab 38 Landhäuser und drei Gebäude in Beidaihe mit 200 Unterkünften an Touristenabteilungen. Unterdessen werden wichtige Renovierungsarbeiten am kaiserlichen Landhaus der Qing-Dynastie in Chengde (Provinz Hebei) durchgeführt (NCNA, 21.2.79).

(9) Filmregisseur Antonioni 'rehabilitiert'

Der 1962 von dem italienischen Regisseur Michelangelo Antonioni gedrehte Film "China" ist von der "Volkszeitung" (Renmin-ribao) "rehabilitiert" worden. Im Jahre 1974 war dieser Film in einer hysterischen, ausländerfeindlichen Kampagne als antichinesisch verdammt und mit Verbalinjurien wie "reaktionär", "perfide" und "verachtenswert" verrissen worden. Im Verlaufe dieser Kampagne waren sogar in China lebende Ausländer angegriffen worden, weil sie angeblich chinafeindliche Fotos und Filme gemacht hatten. Schließlich war sogar der chinesische Botschafter in Italien, Shen Ping, von seinem Posten abberufen worden, weil er den Antonioni-Film bei einer Vorführung in Rom positiv beurteilt hatte.

In bildem Artikel über die Einschätzung des Chinabildes in den ausländischen Massenmedien, der am 9. März 1979 in der "Volkszeitung" veröffentlicht wurde, heißt es, ohne daß auf Antonioni namentlich eingegangen wird: "Es gab ein Höllenspektakel, wenn jemand einen Ausländer begleitete, der gewisse Aspekte der Zurückgebliebenheit Chinas filmte - auch wenn der Regisseur ein wirklicher Freund Chinas ohne schlechte Absichten war. Der Ausländer wurde als Gegner Chinas an den Pranger gestellt, und unsere Genossen, die ihn begleiteten, wurden beschuldigt, Agenten des Ausländers zu sein."

Die der Deng Xiaoping-Fraktion nahestehende Hongkonger Zeitschrift Zhengming hatte das Thema Antonioni bereits im September 1978 aufgegriffen und schon damals eine Neueinschätzung des italienischen Filmregisseurs und seines Films "China" vorgenommen (s. C.a., November 1978, Ü 23).

INNENPOLITIK

(10) Liu Shaoqi kurz vor seiner posthumen Rehabilitation

Liu Shaoqi, in der Kulturrevolution auf Betreiben von Mao Zedong gestürzter früherer Staatspräsident der VRCh und stellvertretender Vorsitzender des Zentralkomitees der KPCh, steht augenscheinlich vor seiner posthumen Rehabilitation. Hierfür sprechen folgende Indizien:

1. Bereits seit längerer Zeit finden sich in der

offiziellen Presse der VRCh keine der scharfen Attacken gegen Liu mehr, die ein gutes Jahrzehnt zur tagtäglichen Pflichtübung chinesischer Journalisten gehörten.

2. Liu Shaoqis Sohn, Liu Yunzhen, wurde einer Meldung des Hongkonger AFP-Korrespondenten zufolge bereits im Herbst letzten Jahres zum Semesterbeginn in die Universität Peking aufgenommen (nach FBIS, 23.10.78).

3. Wang Guangmei, die Witwe Liu Shaoqis, die zusammen mit ihrem Mann während der Kulturrevolution gestürzt worden war, wurde am 12. Dezember 1978 nach zwölfjähriger Haft aus dem Gefängnis entlassen. Zur Behandlung ihrer während der Haft erlittenen gesundheitlichen Schäden wurde Frau Wang in das Pekinger Prominenten-Krankenhaus, das "Beijing-yiyuan", überwiesen. Maßgeblichen Anteil an der Freilassung von Wang Guangmei soll Propagandachef und Politbüromitglied Hu Yaobang gehabt haben, der den Fall auf die Tagesordnung der Arbeitskonferenz des Zentralkomitees brachte, die im November und Dezember 1978 die 3. Plenartagung des XI. Zentralkomitees vorbereitete. Hu, der im Januar 1967 als Mitglied der "Anti-Partei-Clique" Liu Shaoqis gestürzt worden war, gilt als enger Gefolgsmann von Deng Xiaoping (Liu Peng, "Wang Guangmei chuyu zhi hou" (Nach der Entlassung von Wang Guangmei aus der Haft), in: Zhengming, 1979/Nr. 3 (1.3.79), S.18-19).

4. Wang Guangmei nahm zusammen mit ihren Kindern am 27. Januar 1979 an der traditionellen Abendveranstaltung zur Feier des chinesischen Frühlingsfestes in der Halle des Nationalen Volkskongresses in Peking teil. Es war dies der erste öffentliche Auftritt der Witwe Liu Shaoqis seit ihrer Verhaftung im Jahre 1967. Die Volkszeitung widmete dem Erschienenen Wang Guangmei auf dieser Vierte eine besondere Absatz, in dem es u.a. heißt: "Auch Genossin Wang Guangmei nahm zusammen mit ihren Kindern an der Abendveranstaltung des heutigen Tages teil... Genossin Wang Guangmei sagte erfreut: 'Das ist das erste Mal seit zwölf Jahren, daß ich zusammen mit dem Volk das Frühlingsfest begehe. Ich bin unheimlich glücklich, daß ich mit dem Volk zusammensein darf.'" (RMRB, 28.1.79; siehe auch Liu Peng, op. cit.; BRU, 1979/Nr. 5 (6.2.79), S.3) Ihre Teilnahme an einer offiziellen Feier der chinesischen Staats- und Parteiführung und ihre Qualifizierung als "Genossin" stellen eindeutig die Rehabilitation Wang Guangmeis dar.

5. Kurz danach wurde bekannt, daß Lius Witwe nun die Position einer stellvertretenden Leiterin eines der Fremdspracheninstitute in Peking innehatte (C.a., Februar 1979, Ü 17).

6. Li Xiannian, Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros der KPCh und stellvertretender Ministerpräsident, gab Ende Januar d.J. auf eine entsprechende Frage eines AFP-Korrespondenten bekannt, daß die Rehabilitation Liu Shaoqis "später" erfolgen werde (nach: SWB, 30.1.78).

7. Das Organ des Zentralkomitees der KPCh, die Rote Fahne (Hongqi), veröffentlichte in seiner Februar-Ausgabe einen Artikel von Jia Yunfeng mit dem Titel "Was ist an dem Wort 'Selbstkultivierung' (xiuyang) verbrecherisch?" (HQ, 1979/Nr. 2, S.73), in dem festgestellt wird, daß an dem Begriff "Selbstkultivierung" (xiuyang) nichts Schlechtes sei. "Selbstkultivierung" ist das zentrale Thema des Hauptwerkes von Liu Shaoqi, Lun gongchandangyuan de xiuyang (Über die Selbstkultivierung eines kommunistischen Parteimitglieds; sehr frei auch übersetzt als: "Wie man ein guter Kommunist wird"). Liu hatte eine

revidierte Fassung seines Werkes im Jahre 1962 herausgebracht, um sich ideologisch von Mao abzugrenzen und seine Person in der Öffentlichkeit aufzuwerten. In den Jahren von 1962-1966 erreichte Lius revidierte Selbstzucht-Fibel immerhin eine Gesamtauflage von 20 Millionen (s. hierzu ausführlich J.M. Luther, "Liu Shaoqis umstrittenes Konzept zur Erziehung von Parteimitgliedern" (Mitteilungen des Instituts für Asienkunde Hamburg, Nr.100), Hamburg 1978).

8. In einem Artikel von Wu Jiang mit dem Titel "Über das Wesen und die Besonderheiten der Linie von Lin Biao und der 'Viererbande'" in der Volkszeitung vom 16.2.79 heißt es über die politische Linie Liu Shaoqis: "Wie diese Linie letztlich bewertet werden muß, wird hier einstweilen nicht abgehandelt." Dies ist ein eindeutiger Hinweis, daß Lius politischer Kurs, der in der Kulturrevolution als "konterrevolutionäre revisionistische Linie" verunglimpft worden war, eine Neubewertung erfahren wird. Mit der Bemerkung, daß man bei der Beurteilung der Linie Lius während der Kulturrevolution die Frage der politischen Linie mit der Frage der Konterrevolution verwechselt habe, deutete Wu Jiang bereits an, daß zumindest der Vorwurf, Liu Shaoqi habe eine "konterrevolutionäre revisionistische Linie" vertreten, zurückgenommen werden wird.

9. Lius Witwe Wang Guangmei nahm am 8. März 1979 an der Feier des Nationalen Frauenverbands Chinas zum Internationalen Tag der Werktätigen Frauen teil (AFP, Peking, nach: SWB, 15.3.79).

10. Am 18.3.1979 tauchte in Peking eine Wandzeitung auf, in der Liu Shaoqi als "ein Mensch, aber kein Übel" und Mao Zedong als "ein Mensch, aber kein Gott" bezeichnet wurden. Weiter hieß es in der Wandzeitung wörtlich: "Die Zeit ist (für die chinesischen Führer) gekommen, die Ehre Liu Shaoqis wiederherzustellen." (DPA, Tokio, 19.3.79)

11. Die Hongkonger Zeitschrift Zhengming, die politisch der Deng Xiaoping/Hu Yaobang-Fraktion innerhalb der KPCh nahesteht und gewöhnlich sehr gut über die Ereignisse in der VRCh informiert ist, veröffentlichte in ihrer März-Ausgabe allein drei durchweg positive Beiträge über Liu Shaoqi und einen über seine Witwe Wang Guangmei (s. Zhengming, 1979/Nr.3 (1.3.79), S.9-19, 62). Die Autoren dieser Artikel weisen alle gegen Liu in der Kulturrevolution erhobenen Vorwürfe ("Renegat", "Kollaborateur", "Arbeitverräter" usw.) ausnahmslos zurück und loben Liu insbesondere für seine politischen Verdienste während der sogenannten Readjustierungsphase von 1960-62. Einhellig wird in den Zhengming-Beiträgen die baldige Rehabilitierung Liu Shaoqis gefordert, wobei darauf hingewiesen wird, daß die posthume Rehabilitierung von Liu Shaoqi z.Zt. von vielen Leuten in der VRCh diskutiert werde und daß man in der VRCh allgemein annehme, daß Lius Fall letztlich eine Umwertung erfahren werde.

Gegen eine baldige posthume Rehabilitierung sprechen ein Kommentar in der Gongren-ribao (Arbeiterzeitung) vom 31.3.1979 und der Artikel eines "Sonderkommentators" (hinter dieser Bezeichnung verbirgt sich gewöhnlich die Mehrheitsmeinung des Politbüros) in der Volkszeitung vom 1.4.1979. In beiden Dokumenten ist übereinstimmend von der Notwendigkeit die Rede, die Lösung bestimmter historischer Probleme (die Arbeiterzeitung nennt die Einschätzung der Kulturrevolution als Beispiel) hinauszuschieben und sich ganz der Modernisierung des Landes zu widmen.

Als Grund für eine derartige Entscheidung wird in beiden Artikeln die Notwendigkeit genannt, sich auf eine Sache zu konzentrieren, d.h. auf die Vier Modernisierungen, und nicht auf zwei. Auf die eigentliche Ursache für die Vertagung bestimmter historischer Probleme, worunter neben einer Kritik an Maos Politik seit 1957 auch die Rehabilitierung Liu Shaoqis fallen könnte, kommt nur der "Sonderkommentator" der Volkszeitung zu sprechen: "In unseren Reihen ist die Meinung zu gewissen bedeutenden historischen Problemen nicht ganz einheitlich." (RMRB, 1.4.79) Im Klartext bedeutet dies, daß man sich im Zentralkomitee bzw. im Politbüro nicht hat einigen können über eine endgültige Bewertung der Kulturrevolution und damit direkt zusammenhängender Fragen, zu denen auch die Rehabilitierung Liu Shaoqis gehören könnte. Ob der in der Parteizentrale erzielte Kompromiß (Konzentration auf die Modernisierung des Landes und Hinauszögerung der endgültigen Bewertung der Kulturrevolution und der Person Maos und anderer strittiger historischer Probleme) von langer Dauer sein wird, muß bezweifelt werden, da erstens die Widersprüche zwischen der Deng Xiaoping/Hu Yaobang-Fraktion und der maoistischen Restfraktion zu groß sind und zweitens die Umwertung der letzten zwei Jahrzehnte in der Geschichte der Volksrepublik China bereits zu weit vorangetrieben worden ist.

(11) Liu Shaoqi bereits 1969 verstorben

Die der Deng-Fraktion nahestehenden Hongkonger Zeitschriften Dongxiang (Nr.2, S.16-17) und Zhengming (1979/Nr.3, S.62) sowie die Pekinger halb-legale Publikation "Pekinger Frühling" (nach AFP, Peking, 28.1.79) haben übereinstimmend berichtet, daß der Erzbösewicht der Kulturrevolution, der frühere Staatspräsident Liu Shaoqi, bereits im Jahre 1969 im Alter von 73 Jahren an Lungenentzündung gestorben sei. Die Zeitschrift Dongxiang, die sich in ihrem Bericht auf Gespräche mit früheren Freunden Liu Shaoqis beruft, schreibt, daß Liu im Zug von Peking nach Kaifeng verstorben sei. Die Kinder von Liu Shaoqi hätten erst drei Jahre später vom Tod ihres Vaters erfahren. 1972 hätten sie an Mao Zedong einen Brief geschrieben, in dem sie ihn um die Erlaubnis gebeten hätten, ihre Eltern zu besuchen. Mao habe ihnen schriftlich geantwortet: "Der Vater ist bereits tot, die Mutter kann besucht werden."

Im letzten Jahr war es erneut zu Spekulationen darüber gekommen, ob Liu Shaoqi nicht doch noch lebe (s. C.a., Dezember 1978, Ü 29). Dongxiang fügt ihrem Artikel über den Tod Lius hinzu, daß sich die Chinesen in der VRCh weit mehr für die Frage interessieren, ob das Zentralkomitee der KPCh zu einer Neubewertung der Person und Politik Liu Shaoqis kommen werde oder nicht.

(12) Weitere Ehrungen für Zhou Enlai

Anläßlich des 81. Geburtstages des am 8. Januar 1976 verstorbenen Ministerpräsidenten Zhou Enlai veröffentlichte das Zentralkomitee der KPCh ein Rundschreiben zum Gedenken an Zhou und beschloß, die neukonzipierte und ergänzte Ausstellung zum Gedenken an Zhou im Museum der chinesischen Revolution am Tiananmen-Platz offiziell zu eröffnen, seine Schriften zusammenzustellen und ab Beginn des Jahres 1980 herauszugeben. Darüber hinaus enthüllte

der Leitartikel der Volkszeitung vom 5.3.1979, daß "das Zentralkomitee gegenwärtig nach einem geeigneten Entwurf für die Errichtung einer Gedenkhalle für den Genossen Zhou Enlai und andere Revolutionäre der älteren Generation, die in der Parteigeschichte entscheidend zur chinesischen Revolution beigetragen haben, sucht". In dem Leitartikel heißt es u.a. weiter: "Genosse Zhou Enlai war Zeit seines Lebens dagegen, ...daß man ihn isoliert von den Massen, der Partei, dem Zentralkomitee und dem Genossen Mao Zedong in den Vordergrund stellt. Wiederholt schärfte er den Genossen ein, daß für ihn keine staatlichen Gelder und die Zeit des Volkes in Anspruch genommen werden dürfen... Wenn wir jetzt seiner gedenken, müssen wir uns davor hüten, ihm eine Handlungsweise aufzuzwingen, die er abgelehnt hätte; das würde seinem Ansehen nur schaden." Aus dieser Passage kann die Auffassung der heutigen Parteiführung abgelesen werden, daß es nicht im Sinne Zhou Enlais wäre, neben der bereits existierenden Mao-Gedenkhalle eine weitere für Zhou und andere KP-Führer neu zu bauen. Die Tatsache, daß die Gedenkhalle für Mao Zedong auf dem Tiananmen-Platz nun schon seit Monaten angeblich wegen "Reparaturarbeiten" geschlossen ist (sie wurde erst am 9.9.77 offiziell eingeweiht...), könnte gefolgert werden, daß es innerhalb der chinesischen Parteiführung Erwägungen gibt, die Mao-Gedenkhalle in eine Gedenkstätte für Mao, Zhou und andere herausragende KP-Führer umzubauen.

Der 81. Geburtstag von Zhou Enlai wurde von allen bedeutenden Zeitungen und Zeitschriften in der Volksrepublik China mit dem Abdruck von Gedenk-artikeln begangen. Allein das Organ des Zentralkomitees der KPCh, die Rote Fahne, druckte zwei Artikel über Zhou Enlai ab und veröffentlichte seine Rede vom 19.6.1961 über Literatur und Kunst (HQ, 1979/Nr.3, S.3-32). Die "Arbeiterzeitung" veröffentlichte ein Interview mit dem Amerikaner Sidney Rittenberg, der erst Ende November 1977 nach 10jähriger Haft in Peking freigelassen worden war (s. C.a., Dezember 1977, Ü 5) und gegenwärtig bei der chinesischen Nachrichtenagentur Neues China arbeitet. Darin bestätigte Rittenberg Gerüchte, nach denen der damalige Ministerpräsident Zhou Enlai während der Kulturrevolution eine Zeitlang von Rotgardisten gefangengenommen worden sei. Rittenberg zufolge war Zhou Enlai am 28. August 1967 von Gefolgsleuten der Ultralinken festgesetzt und 18 Stunden lang einer Kritiksitzung unterzogen worden. Während dieser Zeit habe Zhou weder etwas zu essen noch etwas zu trinken erhalten und habe schließlich eine Herzattacke erlitten (nach: NCNA, 6.3.79).

Ebenfalls anlässlich des 81. Geburtstags von Zhou Enlai war das März-Programm des Theaterfestivals zum 30. Jahrestag der VRCh dem Gedenken an Zhou gewidmet. Zur Aufführung kamen die Stücke "Steppenfeuer", "Loyale Herzen", "Frühlingsströmung", "Der Sturm vom 1. August", "Der Xi'an-Zwischenfall" und "Zeitungsjunglen" (NCNA, 5.3.79).

Die Ausstellung zum Gedenken an Zhou Enlai, die an seinem 81. Geburtstag am 5. März 1979 offiziell eröffnet wurde, ist einer Meldung der chinesischen Nachrichtenagentur Neues China zufolge seit ihrer inoffiziellen Eröffnung am 8. Januar 1977 bereits von 4 Millionen Menschen besucht worden. Für die offizielle Einweihung sei die Ausstellung neu konzipiert und ergänzt worden.

(13) Frühere tibetische Aufständische aus der Haft entlassen

Anlässlich des 20. Jahrestages der "demokratischen Reform in Tibet" bzw. des Aufstands gegen die chinesische Fremdherrschaft wurden in Tibet 376 Tibeter, die 1959 an dem bewaffneten Aufstand teilgenommen hatten, begnadigt und freigelassen. Gleichzeitig wurde von den Justizbehörden in Tibet bekanntgegeben, daß mehr als 6.000 Menschen, die bereits früher auf freien Fuß gesetzt worden waren, Arbeit hatten oder unter "Aufsicht durch die Massen umerzogen" worden waren, jedoch weiterhin als "Aufständische" galten, nun politisch entlastet seien. Die chinesische Nachrichtenagentur Neues China berichtet, daß damit bis auf wenige Ausnahmen all jene, die 1959 an der Revolte gegen die tibetische Fremdherrschaft teilgenommen und in Tibet ihre Strafe verbüßt hätten, freigelassen worden seien. Sie hätten ohne Ausnahme ihre Bürgerrechte zurückerhalten und Arbeit durch die Volksregierung zugewiesen bekommen (nach: SWB, 22.3.79). Darüber hinaus wurden auch in der Provinz Sichuan 588 Tibeter freigelassen, die sich an dem bewaffneten Aufstand beteiligt hatten. Politisch entlastet wurden weitere 363 frühere Rebellen, die bereits zuvor entlassen worden waren, jedoch nach wie vor als "konterrevolutionäre Rebellen" galten (NCNA, 31.3.79).

Anlässlich der Feiern zum tibetischen Neujahr und dem 20. Jahrestag der "demokratischen Reform in Tibet" wiederholten führende chinesische Persönlichkeiten die Aufforderung an den Dalai Lama, nach China zurückzukehren (SWB, 1.3.79). Dagegen forderte der Dalai Lama, das im Exil lebende geistige Oberhaupt der Tibeter, anlässlich des 20. Jahrestages des Aufstandes gegen die chinesische Herrschaft ein Referendum unter internationaler Kontrolle für Tibet. In einer Volksbefragung solle den Tibetern die Möglichkeit gegeben werden, sich für oder gegen die chinesische Herrschaft auszusprechen (AFP, 10.3.79). Darüber hinaus erklärte er, daß der chinesische Angriff auf Vietnam "die unberechenbare Natur" der Pekinger Regierung zeige. Auf die Aufforderung des Panchen Lama, des religiösen Oberhaupts der Tibeter, an den Dalai Lama zur Rückkehr nach Tibet eingehend, meinte der Sprecher des Dalai Lama: "Wenn die Bedingungen gut sind, werden die Menschen natürlich zurückkehren." (AP, 14.3.79)

(14) Chinas berühmteste Rotgardistenführerin übler Verbrechen bezichtigt

Die frühere Philosophiedozentin an der Universität Peking, Nie Yuanzi, ist von der KPCh-orientierten Hongkonger Zeitschrift Dongxiang bezichtigt worden, für die Verkrüppelung von Deng Pufang, dem Sohn Deng Xiaopings, und für den Tod des jüngsten Sohnes von Guo Moruo verantwortlich zu sein (siehe Dongxiang, Nr. 2, S.22-24). Nie Yuanzi war zur bekanntesten Rotgardistenführerin während der Kulturrevolution geworden, nachdem Mao Zedong selbst eine von Frau Nie mitverfaßte Wandzeitung als "erste marxistisch-leninistische Wandzeitung Chinas" bezeichnet hatte (siehe RMRB, 2.6.66 und 5.8.67). Unterstützt von Mitgliedern der Gruppe Kulturrevolution beim Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas, wie Jiang Qing, Chen Boda und Kang Sheng, hatte Frau Nie eine kompetente politische Laufbahn genommen: Sie wurde Mitglied des Präsidiums des IX. Parteitags der KPCh (1969), Kandidat des Zen-

tralkomitees, Stellvertretende Vorsitzende des Revolutionskomitees der Stadt Peking und Vorsitzende des Revolutionskomitees der Universität Peking.

Die gewöhnlich sehr gut informierte Zeitschrift Dongxiang schreibt, daß Nie Yuanzi während ihrer Zeit als Rotgardistenführerin an der Peking-Universität veranlaßt habe, dem an der Beida studierenden Sohn von Deng Xiaoping, Deng Pufang, beide Beine zu brechen. Da Deng eine rechtzeitige und notwendige Behandlung seiner Verletzungen versagt worden sei, habe auch ein späterer langer Krankenhausaufenthalt keine Rettung der beiden Beine gebracht. Trotz seiner Verkrüppelung habe Deng Pufang sein Fremdsprachenstudium fortgesetzt und beherrsche jetzt bereits mehrere Auslandssprachen.

Über das tragische Schicksal des jüngsten Sohnes von Guo Moruo, dem am 12. Juni 1978 verstorbenen Präsidenten der chinesischen Akademie der Wissenschaften, berichtet Dongxiang, daß Nie Yuanzi ihn totgeschlagen habe. Guo Moruo habe nach der Nachricht vom gewaltsamen Tod seines jüngsten Sohnes an der Universität Peking vollkommen die Fassung verloren und sich vor seelischem Schmerz auf dem Boden gewälzt. Dieses Ereignis könnte den Ausschlag dafür gegeben haben, daß sich Guo Moruo mit dem Beginn der Kulturrevolution rückhaltlos auf die Seite der Radikalen stellte - nicht aus purem Opportunismus, wie man bisher annahm, sondern schlicht aus Angst vor der weiteren physischen Liquidierung seiner Familie (siehe W. Bartke, "Kuo Mo-jo gestorben", in: C.a., Juli 1978, S.414-415). Wie Dongxiang weiter schreibt, sei Nie Yuanzi bereits seit längerem in Haft und werde ebenso wie Jiang Qing und ihre Bande dem juristischen Urteil nicht entgehen - ein Hinweis darauf, daß Nie Yuanzi und der "Viererbande" noch ein ordentlicher Prozeß gemacht werden soll?

(15) Keine üblen siebzehn "revisionistischen" Jahre, sondern achtzehn unheilvolle "linksabweichlerische" Jahre

In einem Artikel zum Gedenken an den im Januar 1976 verstorbenen früheren Ministerpräsidenten Zhou Enlai, der anlässlich des 81. Geburtstages von Zhou sowohl von der Volkszeitung als auch von der Guangming-Tageszeitung am 8. März 1979 abgedruckt wurde, hat der vor kurzem rehabilitierte frühere Propagandachef der KPCh und Kultusminister Lu Dingyi in ungewöhnlich scharfer Form die Kulturrevolution und die Politik Mao Zedongs seit dem sogenannten "Großen Sprung nach vorn" im Jahre 1958 angegriffen. Die "Kulturrevolution" (Lu Dingyi setzt diesen Begriff in Anführungszeichen!) sei in Wirklichkeit eine "elf Jahre andauernde waschechte Konterrevolution" gewesen. Jene "linksabweichlerische Linie", die die Kulturrevolution bestimmt habe, sei bereits während des Großen Sprungs im Jahre 1958 entstanden und habe fürchterliches Unheil mit sich gebracht. Sie habe achtzehn Jahre lang angehalten und sei erst nach dem Sturz der "Viererbande" im Oktober 1976 berichtigt worden. Damit ist die kulturrevolutionäre Sprachregelung, nach der während der siebzehn Jahre vor der Kulturrevolution eine "revisionistische Linie" geherrscht habe, ersetzt durch die nun von Lu Dingyi vorgenommene Neubewertung der letzten zwei Jahrzehnte in der Geschichte der VRCh, nach der während der achtzehn Jahre von 1958-1976 eine unheilvolle "linksabweichlerische Linie" absolut vorherrschend gewesen sei.

Lu Dingyi schreibt weiter, daß die Lushan-Konferenz im Jahre 1959 ursprünglich das Ziel gehabt habe, die im Jahre 1958 begangenen Fehler und Mängel (damit ist Maos Politik des Großen Sprungs und der Volkskommunen gemeint) zu korrigieren. Stattdessen sei die Konferenz zu einer Sitzung zum Kampf gegen "die korrekten Ansichten des Genossen Peng Dehuai" geworden. Dabei sei es doch bereits jetzt völlig klar, daß das auf der Lushan-Konferenz von Peng Dehuai vorgelegte "Memorandum" (yijian-shu) korrekt gewesen sei. Nicht Peng habe Unrecht begangen, sondern jene hätten fehlerhaft gehandelt, die Peng bekämpft hätten - ein ganz eindeutiger schwerer Hieb auf Mao, den Lu an anderer Stelle ohne namentliche Nennung schlicht als "Großmaul" bezeichnet, das die Hungersnöte in den Jahren 1959-62 verniedlicht habe. Bei der Rehabilitierung des auf der Lushan-Konferenz im Jahre 1959 auf Betreiben von Mao gestürzten früheren Verteidigungsministers Peng Dehuai durch die 3. Plenartagung des XI. Zentralkomitees im Dezember 1978 war man einer Bewertung der Lushan-Konferenz und des von Peng vorgebrachten "Memorandums", in dem Peng Dehuai Mao Zedong u.a. "kleinbürgerlichen Fanatismus" vorgeworfen hatte, ausgewichen. Diese für den Fall Peng Dehuai zentrale Frage ist nun durch den Artikel Lu Dingyis gelöst worden.

Mit der beschriebenen Neubewertung der Lushan-Konferenz und der Feststellung, von 1958 bis 1976 habe eine "linksabweichlerische Linie" in China geherrscht, hat jedoch Lu Dingyi auch eine Kritik an der maoistischen Politik seit 1958 eingeleitet. Diese Entwicklung könnte letztlich auf eine offene Negierung der Politik Mao Zedongs in den letzten zwanzig Jahren der Geschichte der Volksrepublik China hinauslaufen.

(16) Dengs Katzentheorie wieder gültig

In einem Artikel von Mo Fei in der Gongren-ribao (Arbeiterzeitung) vom 3. Februar 1979 (nach: SWB, 13.2.79) ist die jahrelang kritisierte Auffassung Deng Xiaopings verteidigt worden, nach der "jede Katze, die Mäuse fängt, eine gute Katze ist - sei sie nun schwarz oder weiß". Diese "Katzentheorie" war während der Kulturrevolution als ein Versuch verdammt worden, den Klassenkampf zu negieren, die Theorie der Produktivkräfte zu propagieren, den Kapitalismus zu restaurieren usw. Der Artikel in der Gongren-ribao vertritt nun die Ansicht, daß es sich bei dem von Deng benutzten Bild der weißen und schwarzen Katzen lediglich um verschiedene Methoden zur Steigerung der sozialistischen Produktion handele. In keiner Weise sei damit die kapitalistische Produktionsweise auf der einen und die sozialistische Produktionsweise auf der anderen Seite angesprochen worden. "Nichtsdestotrotz", fährt Mo Fei in seinem Aufsatz fort, "sind die fortgeschrittene Wissenschaft, Technologie und Managementmethoden des Kapitalismus etwas, von denen wir lernen sollten und lernen müssen. Diese Dinge sind Katzen, die Mäuse fangen können, und nicht menschenfressende Tiger /damit ist das kapitalistische System an sich gemeint/. Daran ist nichts zu fürchten. Solange sie richtig vermittelt werden, können sie in Werkzeuge des Sozialismus verwandelt werden... Jede Methode, die die sozialistische Modernisierung beschleunigen kann, sollte mutig ausprobiert werden."

(17) Einschränkung der demokratischen Bewegung

Angesichts der Zunahme von Unruhen in verschiedenen Landesteilen, hauptsächlich verursacht von Jugendlichen, die in die Städte zurückkehren wollen, hat sich die chinesische Parteiführung augenscheinlich dazu entschlossen, der im Herbst vergangenen Jahres anlaufenden demokratischen Bewegung strenge Grenzen zu setzen. Bereits am 6. März 1979 hatte das Schanghaier Amt für öffentliche Sicherheit eine Bekanntmachung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung erlassen, um der dortigen Unruhen Herr zu werden (s. C.a., Februar 1979, Ü 15). Der Inhalt der Schanghaier Bekanntmachung lautet:

1. Bei Kundgebungen und Demonstrationen sind von den Bürgern die Weisungen der Volkspolizei zu befolgen. Es ist verboten, Fahrzeuge anzuhalten und den Verkehr zu blockieren.

2. Es ist verboten, Eisenbahnzüge anzuhalten oder diese ohne Fahrkarten zu benutzen.

3. Es ist verboten, Organisationen von Partei, Regierung und Militär sowie Betriebe und Wirtschaftsunternehmen zu stürmen. Es ist weiterhin verboten, Ämter zu besetzen, öffentliches Eigentum zu zerstören, Kader und Angehörige der Volkspolizei zu schlagen und zu mißhandeln und sie in der Ausführung ihrer offiziellen Pflichten zu behindern.

4. Es ist verboten, Gerüchte zu verbreiten, die das Volk verwirren. Auch ist es verboten, die Massen zu Unruhen anzustiften. Jede Form von Verleumdung und falscher Anschuldigung ist nicht erlaubt.

5. Es ist verboten, an anderen Stellen als den dafür vorgesehenen Parolen, Bekanntmachungen oder Wandzeitungen an öffentlichen Plätzen oder Gebäuden anzubringen.

6. Nachdruck, Herstellung und Verkauf von reaktionären oder pornographischen Büchern, Bildern, Photographien und Zeichnungen sind verboten. Geldspiele sind nicht erlaubt. Der Verkauf von Bezugsscheinen und Urkunden ist verboten.

Wer diese Anordnungen nicht befolgt, wird von den Organen für öffentliche Sicherheit gemäß der Verfassung bzw. gemäß den Bestimmungen über die Bestrafung von Verstößen gegen die öffentliche Sicherheit der VRCh' und der 'Straßenverkehrsordnung' polizeilich vorgeladen oder sogar bestraft werden." (Jiefang-ribao, 24.3.79, nach: SWB, 27.3.79; BRU 1979/Nr.14 (10.4.79), S.6)

Die Ausweitung der ursprünglich auf Schanghai begrenzten Unruhen auf andere Landesteile, wie z.B. auf die Provinzen Zhejiang, Shandong und Heilongjiang sowie auf die Stadt Kanton, veranlaßten den stellvertretenden Ministerpräsidenten Deng Xiaoping Mitte März, die Grenzen der demokratischen Bewegung landesweit klar abzustecken. In einer Rede auf einer Veranstaltung zur Feier des Rückzugs der chinesischen Truppen aus Vietnam in der Halle des Nationalen Volkskongresses am 16. März führte Deng vor Tausenden von Partei-, Staats- und Armeekadern aus, daß die demokratische Bewegung den Vier Modernisierungen dienen müsse. In diesem Zusammenhang definierte Deng Xiaoping Demokratie als die Freiheit, Vorschläge zu machen und zu verwirklichen, die dem Plan der Vier Modernisierungen entsprechen. Deng kritisierte vor allem solche Elemente, die bei der Demokratisierung sowie der Öffnung des Landes zur Außenwelt zu weit gingen. Er forderte die

Verhaftung und strafrechtliche Verurteilung von Chinesen, die zu enge Kontakte zu Ausländern unterhielten und ihnen sogar "Geheimnisse verkauft" hätten. Er rügte gleichzeitig die "zu übertriebenen" Forderungen und Meinungsäußerungen auf den Wandzeitungen an der "Mauer der Demokratie" im Zentrum von Peking und kritisierte die aufkommende Menschenrechtsbewegung in China, deren Vertreter sich in Beschwerdebriefen an den amerikanischen Präsidenten Carter oder dessen Botschafter in Peking, Woodcock, gewandt hätten (AFP, Peking, 21.3.79, nach: Zhanwang, 1.4.79, S.28).

Der von Deng in seiner Rede vom 16. März 1979 angekündigte Umschwung in der Behandlung der demokratischen Bewegung war ebenfalls das Thema von Sitzungen des Zentralkomitees der KPCh bzw. des Politbüros und des Staatsrats. Meldungen aus Kanton zufolge erließen das Zentralkomitee der KPCh und der Staatsrat einige Weisungen zur Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung in den von Unruhen betroffenen Landesteilen (DGB, 2.4.79; SWB, 1.4.79). Entsprechend dieser Beschlüsse der Partei- und Staatsführung erließen die Sicherheitsorgane in folgenden Städten und Provinzen Ende März Bekanntmachungen, die im Inhalt der zitierten Schanghaier Bekanntmachung vom 6. März entsprechen: Guangdong (SWB, 3.4.79), Hangzhou (SWB, 31.3.79), Hebei (SWB, 30.3.79), Harbin (SWB, 5.4.79), Gansu (SWB, 3.4.79), Shandong (SWB, 5.4.79), Nanjing (SWB, 3.4.79) und Peking (SWB, 3.4.79).

Im Unterschied zu der Schanghaier Bekanntmachung vom 6. März lautet der 6. Punkt der entsprechenden Notiz des Pekinger Revolutionskomitees: "Alle Parolen, Bekanntmachungen, Wandzeitungen, Bücher, Zeitschriften, Bilder, Photographien und andere Veröffentlichungen, die den Sozialismus, die Diktatur des Proletariats, die Führung durch die Kommunistische Partei, den Marxismus-Leninismus und die Mao-Zedong-Ideen angreifen, sind ebenso verboten wie die Enthüllung von Staatsgeheimnissen und Verletzungen der Verfassung und der Gesetze" (nach SWB, 3.4.79). Augenscheinlich ist diese Änderung im Vergleich zur Schanghaier Bekanntmachung auf die Rede Deng Xiaopings vom 16. März und auf die Beschlüsse des Zentralkomitees und des Staatsrats zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung zurückzuführen. Kurz nach der Veröffentlichung der Bekanntmachung des Pekinger Revolutionskomitees trat der "Arbeitstrupp zur Sauberhaltung des politischen Antlitzes der Stadt", der dem Amt für öffentliche Sicherheit und Ordnung untersteht, in Aktion und entfernte "wild" geklebte Wandzeitungen.

In Pekinger oppositionellen Kreisen wurde die Rede Deng Xiaopings vom 16. März mit schärfster Kritik aufgenommen. Die der Gruppe "Pekinger Frühling" nahestehende Zeitschrift "Untersuchungen" warf Deng in einer am 25. März herausgegebenen Sondernummer vor, die "Demokratie zu bekämpfen" und die "Unterdrückung des Volkes" und eine "Diktatur wie zu Zeiten Mao Zedongs" beibehalten zu wollen. Deng habe das in ihn gesetzte Vertrauen des Volkes mißbraucht, um "die demokratische Bewegung zu bekämpfen". Weiter schrieb die Zeitschrift: "Er versucht, die Verantwortung für die Unfähigkeit des politischen Systems Hua/Deng zur Rettung der chinesischen Wirtschaft und Produktion auf die demokratische Bewegung abzuschieben, um erneut das Volk zum Sündenbock zu machen." (Nach AFP, Peking, 25.3.79)

(18) Religion

Kürzlich wurde in Kunming die erste religionswissenschaftliche Tagung mit über 100 Teilnehmern abgehalten. Eine ganze Reihe von Wissenschaftlern hielt Referate über Buddhismus, Lamaismus, Taoismus, Islam und Christentum. U.a. wurde über folgende Themen referiert: "Einige Fragen zum Studium der Religion", "Die Ursprünge des Mahayana-Buddhismus", "Ränge und Privilegien im chinesischen Buddhismus", "Einige Fragen zur Religion außerhalb Chinas in den letzten Jahren", "Die Anfänge frühchristlicher Ideen", "Jesus in der Geschichte" und "Der historische Hintergrund der Entstehung des Islam". Auf der Konferenz wurde auch ein nationaler Forschungsplan für die Religionswissenschaft für die Jahre 1979 bis 1985 aufgestellt. Außerdem wurde die Chinesische Religionswissenschaftliche Gesellschaft gegründet. Zum Ehrenpräsidenten wurde Zhao Puchu, zum Präsidenten Ren Jiyu, der Direktor des Instituts für Weltreligionen der Akademie der Sozialwissenschaften, gewählt. (RMRB, 15.3.1979)

In derselben Nummer der Volkszeitung (15.3.) veröffentlichte die Redaktion eine Antwort auf zahlreiche Leserbriefe, in denen sich die Leser nach der Abgrenzung zwischen Aberglauben und Religion erkundigen. Die Fragen, was Religion, was Aberglaube sei, veranlaßte die Redaktion, einige grundsätzliche Bemerkungen zu diesem Thema zu machen. Dort heißt es: "Alle Verehrung für übernatürliche, geheimnisvolle Kräfte kann man Aberglauben nennen. Religion ist Aberglaube, aber man kann nicht sagen, daß aller Aberglaube Religion ist. Die verschiedenen Arten feudalen Aberglaubens z.B. sind nicht Religion". Die Religion sei ein weltanschauliches Problem, das eng mit dem Idealismus verbunden sei. Eine Lösung dieses Problems sei nur langfristig durch Abschaffung der Klassen und Verbreitung von Wissenschaft zu erreichen. Bevor die Menschen diese Art idealistischen Glaubens nicht grundlegend geändert hätten, müsse man den Glauben der Volksmassen anerkennen, erlauben und respektieren. Deshalb sei in der Verfassung zur Zeit noch die Religions- und Glaubensfreiheit sowie der Freiheit, nicht zu glauben, garantiert. In ihrer Religionspolitik unterscheide die Regierung zwischen Religion und feudalem Aberglauben (magische Praktiken u.ä.). Gegen letzteren sei entschlossen vorzugehen durch wissenschaftliche Aufklärung und Erziehung. Anders verhalte es sich mit Religionen wie dem Christentum, Islam und Buddhismus, die eine jahrtausendealte Geschichte mit verbindlichem Schrifttum, Ethik, religiösen Formen und Organisationen hätten. Ihr Einfluß sei im Volk und besonders bei einigen Minderheiten noch recht stark, und auf diese Religionen beziehe sich die Religionsfreiheit in erster Linie.

Die gegenwärtige Toleranz der chinesischen Regierung gegenüber den großen Religionen läßt den Jesuitenorden, der seit Mitte des 16. Jahrhunderts in China wirkte, hoffen, nach dreißigjähriger Pause bald wieder Jesuiten nach China schicken zu können. Dies gab Pater Arrupe, der Ordensgeneral der Jesuiten, auf einer Pressekonferenz in Rom bekannt. Es gebe auch Anzeichen dafür, daß die katholische Aurora-Universität in Schanghai, die bis zu ihrer Schließung vor 30 Jahren von Jesuiten geleitet wurde, demnächst wiedereröffnet würde, und zwar als französischsprachige Medizinische Hochschule. Eine entsprechende Anfrage sollen die Chinesen an die französische Botschaft in Peking gerichtet haben. (Die Welt, 21.3.1979)

(19) Schwierigkeiten mit der Jugend

Jugendarbeitslosigkeit in den Städten und Unzufriedenheit der Jugend auf dem Lande werden in China gegenwärtig offenbar zu ernstesten Problemen. Nach den Jugendunruhen in Schanghai und anderen Städten (vgl. C.a., Februar 1979, Ü 15) versuchen die Behörden in mehreren Provinzen immer noch, die zum Frühlingsfest in die Städte zurückgekehrten Jugendlichen aufs Land zurückzuschicken. Nach wie vor weigern sich jedoch viele Jugendliche, und zwar hauptsächlich aus materiellen Gründen. Denn auf dem Lande verdienen sie weitaus weniger als in der Stadt. Der Direktor des Arbeitsamtes der Provinz Zhejiang bestätigte, daß der geringere Lohn einer der Hauptgründe für die Weigerung der jungen Leute sei, in Einheiten in Kollektivbesitz, also in Volkskommunen, zu arbeiten. Er betonte, daß sich die Provinz bemühe, für die aufs Land geschickten Jugendlichen mit Schulbildung geeignete Arbeit zu finden, doch seien die Stellen in staatlichen Betrieben beschränkt (Radio Hangzhou, 13.3.1979, nach SWB, 17.3.79). Viele junge Leute ziehen auch das bequemere Leben und die Abwechslungsmöglichkeiten in den Städten dem härteren Leben auf dem Lande vor. Sorge bereitet der Partei vor allem der zunehmende Einfluß westlicher Sitten und Mode auf diese Jugendlichen. In der Ausgabe vom 20. März 1979 der Jugendzeitung wird dazu ermahnt, lieber Wissenschaft und Technik zu studieren, anstatt sich für westliche Mode zu interessieren (vgl. XNA, 21.3.1979). In dieser Lage versucht die Partei, die Jugend ideologisch wieder stärker in den Griff zu bekommen. In der Presse häufen sich Artikel, die an die revolutionären Ideale harter Arbeit, einfachen Lebens und Entbehrung appellieren (z.B. GMRB, 22.2.1979). Zahlreiche Studenten und gebildete junge Leute berichten, daß sie freiwillig in die entfernten Grenzgebiete gezogen seien, um dort beim Aufbau des Landes zu helfen (z.B. RMRB, 12.3. und 24.3.1979).

Auch eine Jugendkonferenz über Aufforstung, die Anfang März in Yan'an stattfand, diente der ideologischen Mobilisierung; sie veranlaßte den stellvertretenden Ministerpräsidenten Wang Renzhong, an den Idealismus und den revolutionären Geist der Jugend zu appellieren. Nicht zufällig wurde die Konferenz in der alten Revolutionshauptstadt abgehalten. 60% Chinas, so sagte Wang, lägen in den Grenzregionen. Die Gebiete seien schwach besiedelt, aber reich an Bodenschätzen. Dieses Land zu modernisieren, sei Aufgabe der Jugend. Die Modernisierung Chinas sei nur durch harte Arbeit zu erreichen. (RMRB, 4.3.1979; s.a. RMRB, 6.3.1979)

(20) Prämiensystem nun auch bei der Geburtenplanung

Eine Art Prämiensystem zur weiteren Senkung der Geburtenrate wird seit dem 1. März dieses Jahres in Chinas bevölkerungsreichster Provinz Sichuan erprobt, wo mit circa 90 Mio. Menschen rd. 10% der chinesischen Bevölkerung leben. Für die Arbeiterschaft sehen die probeweisen Maßnahmen vor, daß Eltern, die nur ein Kind haben und die garantieren, kein zweites zu bekommen, monatlich 5 yuan (das sind ca. 10% des Durchschnittslohns der Industriearbeiter!) an Kindergeld erhalten, und zwar bis zum 14. Lebensjahr des Kindes. Darüber hinaus erhalten diese dreiköpfigen Arbeiterfamilien einen normalerweise nur einer vierköpfigen Familie zustehenden

Wohnraum zugewiesen. Schließlich wird diesen Einzelkindern Vorrang bei der Aufnahme in Schulen und Fabriken eingeräumt, unter der Voraussetzung, daß sie die Aufnahmebedingungen erfüllen. Bauernfamilien, die nur ein Kind haben und garantieren, kein zweites zu bekommen, erhalten folgende Vergünstigungen: Die Produktionsgruppe gibt eine Geldsumme in Höhe des Lohns von drei Arbeitstagen im Monat, bis das Kind 14 Jahre alt ist. Das Kind erhält eine normalerweise nur den Erwachsenen zustehende Getreideration und wird bei der Verteilung der Privatparzellen als 1,5 Personen gerechnet (die Privatparzellen werden in China nach der Zahl der Familienmitglieder berechnet). Für Arbeiter- und Bauernfamilien gilt gleichsam, daß, wenn das Einzelkind behindert wird oder stirbt, die Eltern ein weiteres Kind haben können und auch dann die oben genannten Vergünstigungen erhalten.

Schon vor der probeweisen Einführung dieses Prämiensystems war es mit Hilfe von Erziehungsprogrammen über Familienplanung in der Provinz Sichuan gelungen, das Bevölkerungswachstum von 1970 bis 1977 von 3,11 auf 0,867% zu senken. Es fiel im vorigen Jahr weiter auf 0,606%. Diese Ziffer ist nur leicht höher als die für Peking, Schanghai und Tianjin (NCNA, 14.3.79). Die Anwendung eines Prämiensystems zur Senkung der Geburtenrate ist ein Indiz dafür, daß sich in der Volksrepublik China nunmehr die Auffassung zu verbreiten scheint, daß materielle Anreize bei der Geburtenplanung eine zumindest ebenso große Rolle spielen wie die Aufklärungs- und Erziehungsprogramme über Familienplanung (vgl. C.a., Januar 1979, Ü 27).

Im Zusammenhang mit den Maßnahmen zur Senkung des Bevölkerungswachstums ist es chinesischen Medizinern einer Meldung von Beijing Rundschau vom 20. März 1979, S.31, zufolge gelungen, ein orales empfängnisverhütendes Mittel für Männer zu entwickeln. Es handelt sich dabei um Gossypol, eine Phenolsubstanz, die in den Wurzeln, Stengeln und Samen des Baumwollstrauches vorkommt. Tests, die seit 1972 bei mehr als 10.000 Männern durchgeführt worden seien, hätten eine Wirksamkeitsrate von 99,89% ergeben. Die Hälfte der Versuchspersonen habe das Medikament über zwei Jahre lang eingenommen, einige bereits vier Jahre lang.

Die chinesische "Pille für den Mann" wird anfangs zwei Monate lang mit einer Tagesdosis von 20 mg eingenommen. Dies führt nach Beijing Rundschau zur Senkung der Überlebensrate der Samen. Die Samen würden immer weniger und stürben schließlich alle ab. Nach dieser anfänglichen zweimonatigen Einnahmeperiode müsse monatlich lediglich eine Auffrischungsdosis von 150 bis 220 mg eingenommen werden. Die Gesundheit der Männer werde durch die Einnahme dieses Medikamentes nicht beeinträchtigt. Wenn das Medikament abgesetzt worden sei, normalisiere sich der Samenzustand nach zwei bis drei Monaten wieder.

Beijing Rundschau zufolge wurde bei einigen Versuchspersonen nach Einnahme dieses empfängnisverhütenden Mittels für Männer allerdings ein verringerter Kaliumgehalt des Blutes festgestellt. Deshalb versuchten die chinesischen Mediziner, durch weitere Forschung dieses Medikament noch zu verbessern.

(21) Flugzeugabsturz bei Peking

Ein chinesisches Militärflugzeug des britischen

Typs Trident 2-E stürzte am 14. März 1979 kurz nach dem Start vom Militärflughafen Xijiao im Westen Pekings ab. Die Militärmaschine stürzte auf eine Fabrik zur Herstellung von Baufertigteilen und zerstörte sie teilweise. Augenzeugenberichten zufolge raste die Maschine durch zwei Fabrikhallen, ehe sie sich in ein drittes Gebäude bohrte und dort explodierte. Hatten Armeeangehörige am Unglücksort zunächst von über 180 Toten gesprochen, so gab ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums gegenüber der japanischen Nachrichtenagentur Kyodo an, daß lediglich 44 Personen getötet oder verletzt worden seien. Dem Sprecher des chinesischen Außenministeriums zufolge kamen alle Passagiere und Besatzungsmitglieder der Militärmaschine ums Leben. Er weigerte sich jedoch, nähere Angaben zur Zahl und zum militärischen bzw. politischen Rang der Insassen des Militärflugzeuges zu machen. Darüber hinaus gab der Sprecher des chinesischen Außenministeriums auch keine Erklärung zur Unfallursache ab. (AFP, Peking, 14.3.79; AP, Tokio, 16.3.79)

Der japanischen Nachrichtenagentur Kyodo zufolge, die sich auf chinesische Quellen in Peking stützt, war der Absturz des chinesischen Militärflugzeuges ein selbstmörderischer Racheakt eines Soldaten der Chinesischen Volksbefreiungsarmee. Dieser Soldat habe eigentlich vorgehabt, das Flugzeug über dem Sitz des Oberkommandos der Luftwaffe der VBA abstürzen zu lassen. In einem Brief, den der Soldat in seiner Baracke zurückgelassen habe, habe er erklärt, daß er damit gegen die Weigerung seiner Vorgesetzten protestieren wolle, die seinen Antrag auf Entlassung abschlägig beschieden hätten. Den von Kyodo genannten chinesischen Quellen zufolge hatte dieser Sabotageakt keinen politischen Charakter. Vielmehr sei der betreffende Soldat unzufrieden gewesen mit dem Verlauf seiner Karriere und mit seinen Lebensbedingungen. (AFP, nach: Le Monde, 30.3.79)

WISSENSCHAFT * AUSBILDUNG

KUNST UND MASSEN MEDIEN

(22) Wissenschaftsmanagement

Am 13. März 1979 veröffentlichte die Guangming-Zeitung einen Brief, in dem Vorschläge zum Management von Wissenschaft und Technik gemacht werden. Die beiden Verfasser vertreten die Auffassung, daß für die Vier Modernisierungen die Leitung und das Management der wissenschaftlich-technischen Arbeit entscheidend sei. Sie stellen ein Zehn-Punkte-Programm folgenden Inhalts auf:

1. Die Parteiorganisation in wissenschaftlichen Einrichtungen soll vereinfacht werden. Mitglieder von Parteikomitees sollen auch fachlich mitarbeiten. Wenn sie drei Jahre lang nichts Vernünftiges geleistet haben, sollen sie ersetzt werden. Leute, die die wissenschaftliche Arbeit ernsthaft behindern, sollen gemäßregelt werden.

2. Fachliche Verantwortung und individuelle Arbeitsleistung sollen eingeführt werden.

3. Der Wert der eigenen Leistung soll richtig bemessen werden. Wenn in der Führung jemand ist, der wissenschaftliche Leistungen nicht anerkennt, sollen Maßnahmen gegen ihn ergriffen werden.